

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/126

Bonn, den 10. Juli 1970

Seite

Zeilen

1 - 2

Auf dem Weg nach vorn

73

Moderne Haushaltspolitik für innere Reformen

3 - 5

Hamburgs Zukunft in sicherer Hand

117

Die Schwerpunkte der sozialliberalen Regierungspolitik

Von Paul Otto Vogel,

Leiter der staatlichen Pressestelle Hamburg

6

Ärger für die Hausfrauen

44

Höhere Preise durch den Regen

Auf dem Weg nach vorn

Moderne Haushaltspolitik für innere Reformen

Die Bundesregierung hat eine richtungsweisende Entscheidung getroffen. Mit der Revision der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1971 bis 1974 legte sie eine Haushaltsentwicklung vor, die den weitgesteckten Reformabsichten der sozial-liberalen Koalition entspricht. Wer anerkennt, daß die früheren Bundesregierungen den internationalen Entwicklungen nicht in dem Maße Rechnung getragen haben, wie dies für einen modernen Industriestaat eigentlich hätte selbstverständlich sein müssen, der wird nicht umhin können, dieser Bundesregierung alle Unterstützung zu geben, die sie braucht, um den Wachholbedarf in den kommenden Jahren sicherzustellen. Natürlich kosten Reformen, die in einer Zeit verwirklicht werden müssen, die weithin geprägt ist von den Folgen der Versäumnisse vergangener Jahre, mehr Geld, als die kontinuierliche Weiterentwicklung einer soliden Basis. Auf dem Gebiet der Bildung und Wissenschaft, dem Sozialwesen, der Infrastruktur, der inneren Sicherheit und der inneren Struktur der Bundeswehr, um nur die wichtigsten beim Namen zu nennen, kann bei allem Wohlwollen aber davon leider keine Rede sein. Was hier von der Regierung Brandt/Scheel übernommen wurde, das schreit nach Reformen.

So ist der Bundeshaushalt 1971 und die Gesamtübersicht zum Finanzplan 1970 bis 1974 nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 9. Juli 1970 sicherlich kein Pappentier. Mit einem Volumen von etwas über einhundert Milliarden DM stehen wir vor dem absolut größten Jahresetat, den je eine deutsche Regierung eingebracht hat. Er ist das Spiegelbild der volkswirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Notwendigkeiten und der Gradmesser der Verantwortung einer Regierung, die sich Reformen am Staat und der Gesellschaft als Aufgabe gestellt hat. Diese Reformen sind ihrerseits ein Mittel, um die gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten erfüllen zu können, deretwegen wir überhaupt einen demokratischen Rechts- und Sozialstaat haben.

Das aber scheint in den vergangenen Jahren in nahezu allen Bevölkerungsschichten der Bundesrepublik in Vergessenheit geraten zu sein. Die jahrelangen Versäumnisse der früheren Regierungen, werden nun bilanziert. Nur wer den Kopf in diesen Jahren in den Sand ge-

steckt hat, der wird überrascht und von dem Ausmaß der Versäumnisse aufgeschreckt sein. Wer indes kritischen Blickes die Entwicklung verfolgt hatte, wird sich nicht wundern, daß die Stunde der Wahrheit gekommen ist, weil sie kommen mußte, um nicht wieder gutzumachenden Schaden von unserem Volke abzuwenden.

Verständlich, daß die gleichen Männer, die diese Entwicklung zu verantworten haben, auch heute nicht bereit sind anzupacken, wenn es gilt Versäumnisse nachzuholen. Es ist geradezu grotesk, wenn sich die Oppositionssprecher im Bundestag hinstellen und der Regierung vorwerfen, ihre Haushaltspolitik sei nicht konjunkturgerecht und die Ausgabensteigerungen durch nichts zu rechtfertigen, während sie landauf landab darüber lamennieren, daß die Bundesregierung nicht genug tue, um den allenthalben sichtbaren Nachholbedarf, den ja gerade sie zu verantworten haben, abzubauen. Daß dieser Haushalt, den das Kabinett jetzt verabschiedet hat, im kommenden Jahr nicht mehr konjunkturdämpfend wirken kann, das hat Bundesfinanzminister Alex Möller offen angekündigt. Seine Feststellung, daß es nun die Einnahmeseite sein müsse, die nicht nur private Kaufkraft abschöpft, um konjunkturregulierend zu wirken, sondern auch um dem Staat das zu geben, was er im Interesse aller Bürger braucht, das ist keine billige Rechtfertigung. Es ist die sich aufzwingende volkswirtschaftliche Lösung, wenn unsere Währung gesichert und die von niemanden bestrittenen Aufgaben des Staates erfüllt werden sollen.

Die Bundesregierung geht dabei von der Zusage aus, daß die Steuerlastquote nicht erhöht wird, das heißt, daß der einzelne Steuerzahler keine höhere prozentuale Belastung seines Einkommen zu befürchten hat. Der zehnprozentige Konjunkturzuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer wird wieder zurückgezahlt, stellt also ebenfalls keine Steuererhöhung dar. Das ist der einzige Maßstab des Bürgers, den er in dieser Frage an die Maßnahmen seiner Regierung legen kann. Wenn die Einnahmenseite also steigen wird, so nicht, weil der Steuerzahler von seinem Einkommen einen größeren Anteil dem Staat abführen muß. Die notwendige Steigerung der Staatseinnahmen sind vielmehr das Ergebnis wachsender gesamtvolkswirtschaftlicher Erfolge, an denen alle beteiligt sind.

So ist es mehr als recht und billig, wenn nun alle bei steigendem Einkommen der privaten Haushalte zur Förderung der öffentlichen Investitionen beitragen. Nur so wird es möglich zu realisieren sein, was sich diese Regierung im Interesse aller Bundesbürger zur Aufgabe gestellt hat: Die Schaffung des modernen Deutschlands. Nur so werden auch die Früchte persönlichen Fleißes auch öffentlich abgesichert sein.

Ludwig Nau

+ + +

Hamburgs Zukunft in sicherer Hand

Die Schwerpunkte der sozialliberalen Regierungspolitik

Von Paul Otto Vogel,

Leiter der staatlichen Pressestelle Hamburg

Die Opposition in der Hamburger Bürgerschaft hat gezeigt, daß ihr nicht recht klar ist, was Sinn und Inhalt einer Regierungserklärung sind. Sie hat über die Regierungserklärung, die Hamburgs Bürgermeister Prof. Dr. Weichmann im Hamburger Landesparlament abgab, im Sinne einer Vermißtenmeldung diskutiert: Wir vermissen dies, uns fehlt jenes. Sie vergaß dabei offenkundig, daß selbst in der UdSSR die Zeiten lange vorbei sind, in denen der ZK-Vorsitzende an die sechs Stunden lang Rechenschaft ablegte bis hin zur Fischmehlproduktion. Eine Regierungserklärung, zumal in einem Stadtstaat mit seiner komplexen Struktur und einem Haushaltsvolumen von über fünf Milliarden DM pro Jahr, kann nur eine Grundsatzklärung über die Regierungsabsichten sein. Die Verdeutlichung im einzelnen erfolgt über die mittelfristige Finanzplanung in den jährlichen Haushalten.

Dies muß vorausgeschickt, zugleich aber auch gesagt werden, daß die 38 Seiten der Regierungserklärung bei aller Grundsätzlichkeit - dennoch eine Fülle von Einzelheiten aus nahezu allen Bereichen staatlich-kommunaler Tätigkeit enthalten. Im übrigen jedoch konnte Herbert Weichmann im Zusammenhang mit der Begründung für die Bildung der neuen sozial-liberalen Hamburg-Koalition - "ein freier, unabhängiger politischer Entschluß der beiden nun den Senat tragenden Parteien" - die Feststellung treffen, daß die Regierungssätze der SPD und die Wahlaussagen der FDP ein gemeinsames Programm ermöglicht haben, das jedermann vorliege. Die Beschränkung auf Schwerpunkte künftiger Regierungsarbeit in Hamburg bot sich also an.

Der Präsident des Senats stellte fest, daß die 70er Jahre eine Epoche gesellschaftlicher Reformen in Permanenz und in fruchtbarer Synthese von technisch-ökonomischen Umstrukturierungen und gesellschaftlichen Fortschritt sein werden. Aufgabe des neuen Senats sei es, in diesem Prozeß Prioritäten zu setzen. Die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit in der kommenden Legislaturperiode sind von beiden Partnern in bemerkenswerter Übereinstimmung schon in den Wahlaussagen festgelegt worden. Es sind:

Der Bildungsbereich, zu dem der Senat im Herbst 1970 einen Bildungsreport vorlegen und die Hamburger SPD einen Sonderparteitag veranstalten wird; es wird dem Senat vor allem darum gehen, trotz zunehmender Schülerzahlen eine Verschlechterung des Bildungsangebots zu vermeiden, sich intensiv um die

Herstellung echter Chancengleichheit für alle Bevölkerungsschichten zu bemühen, besonderes Gewicht auf das berufsbildende Schulwesen zu legen und im Hochschulwesen die Schaffung der Gesamthochschule mit der speziellen Zielsetzung anzusteuern, das Problem der Hochschulplätze in der Griff zu bekommen.

Das Gesundheitswesen, bei dem es vor allem um die Befriedigung der sozialen Erfordernisse des Personals im hamburgischen Gesundheitswesen als Voraussetzung der Bewältigung immer komplizierterer Behandlungsmethoden geht; daneben stehen die konkreten Aufgaben der Erneuerung der Krankenhäuser Ochsenzoll, Wandsbek und Altona in Othmarschen.

Der Städtebau, bei dem es einmal um die Entwicklung eines Flächennutzungsplanes als Grundlage für verbindliche Baulandpläne, sodann aber um eine konsequente Weiterführung des Wohnungsbaues geht, wobei für die kommende Legislaturperiode 30.000 mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen fortschrittlicher, familiengerechter Konzeption errichtet werden sollen, ohne dabei die tragbare Miethöhe aus den Augen zu verlieren.

Die Regierungserklärung macht klar, daß über diesen Schwerpunkten andere Regierungsaufgaben nicht vernachlässigt werden. Das gilt insbesondere für den sozialen, vor allem aber für den wirtschaftlichen Bereich, denn die künftige Entwicklung Hamburgs, seine Wettbewerbsfähigkeit, die Gestaltung der Lebensverhältnisse jedes einzelnen sind abhängig von der Leistungsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft und ihrem Wachstum. Die Sicherung selbständiger Unternehmen wird ebenso wie die Mitbestimmung als Gegengewichte gegen übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht gekennzeichnet. Dabei richtet die Regierungserklärung ihren Blick und ihre Aussage über die Grenzen der Stadt hinaus auf die Untereibe-Ostsee-Region, in der Hamburg eine zunehmend wichtige, aber auch fruchtbare Rolle als Metropole spielt.

In seiner Erklärung vor der Bürgerschaft sprach der Bürgermeister über die künftige Arbeit des Senats im Bereich Kultur, die in Zukunft nicht mehr als Domäne zweckfreier verfeinerter Lebensart angesehen werden könne, er umriß die Konsequenz wachsender Freizeit, er umgrenzte den Spannungsbereich zwischen Freiheit und einer im Gesetz ruhenden Ordnung, und er wandte sich schließlich mit einem Katalog von Wünschen, aber auch dem klaren Angebot

einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der inneren Reformen an die Bundesregierung.

Auf dem Weg zur modernen Verwaltungsstruktur

Ein besonderer Abschnitt der Rede Weichmanns galt der künftigen Verwaltungsstruktur in Hamburg und damit einer Reform im öffentlichen Dienst der Hansestadt. Einem wachsenden Personalbedarf steht ein leergefegter Arbeitsmarkt gegenüber, der Anstieg der Personalkosten beengt die für Investitionen verfügbare Finanzmasse. Die Konsequenz, die Weichmann zog, lautet:

Rationalisierung auch im Planungs- und Entscheidungsbereich

Entlastung des Senats durch Bildung selbständiger Betriebseinheiten

Modernisierung des Tarif- und Besoldungssystems

ein angemessenes Personalvertretungsrecht und

die Förderung der Mitbestimmung in den öffentlichen Unternehmen.

Die Erklärung klang aus mit einem Blick auf Hamburgs Stellung in der Welt und einem Ausblick in die Zukunft. Diese Stadt ist un verändert aufgerufen, als Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt immer dann eine aktive Rolle zu spielen, wenn es um die Förderung der Zusammenarbeit der Völker vor allem in Europa, um eine Verbesserung der Beziehungen zum Osten hin und um die Verbesserung unserer Präsenz in der Dritten Welt geht.

Im Innern des Stadtstaates sind in der vergangenen Legislaturperiode zahlreiche weit in die Zukunft weisende Projekte vor allem im Investitionsbereich in Angriff genommen worden. Sie gilt es nun zu vollenden, und in diesem Sinne steht die neue Legislaturperiode im Zeichen der Konsolidierung begonnener Maßnahmen. Wenn das die Opposition umzumünzen versucht in eine Politik der Beharrung, dann kann oder will sie nicht erkennen, daß Regierungspolitik in Hamburg eine Kontinuität ist, eine endlose Straße, auf der Etappen erreicht, zugleich aber auch neue Ziele gesetzt werden. Die Kräfte in Hamburg, die das Gesicht dieser Stadt in der Vergangenheit gestaltet haben und für das Erreichte Verantwortung tragen, werden im Sinne der Erklärung des Ersten Bürgermeisters ihre Arbeit in Parlament und Senat auf diese Ziele ausrichten:

Gesichertes Wachstum, steigender Lebenswert, ein freiheitlicher Persönlichkeitsbereich und eine fortschrittliche, auf das Recht gestützte Gemeinschaft.

Hamburgs Bürger können mit Zuversicht in die Zukunft blicken:

Ärger für die Hausfrauen

Höhere Preise durch den Regen

Nach der Hitzewelle kam der Dauerregen. Deshalb fürchten die Bauern um eine gute Ernte, insbesondere bei Obst, Gemüse, Getreide und Kartoffeln. Nur wurden die Verbraucher bereits zur Kasse auf den Wochenmärkten gebeten, bevor überhaupt festgestellt werden konnte, ob Qualität und Menge unter dem wechselvollen Wetter wirklich so arg gelitten haben, daß höhere Preise für wichtige Agrarprodukte gefordert werden müssen.

Ein Anschauungsbeispiel bieten die Kartoffeln, noch immer Volksernährungsmittel Nr. 1. Sie waren in den letzten Wochen nicht nur demmaßen teurer, daß die Hausfrau überlegte, ob sie lieber Brot oder Erdäpfel kaufen sollte. Anfang Juli zahlten die Verbraucher (im Bundesdurchschnitt) etwa 45 Pf. für lange Sorten und 34 Pf. für runde Sorten je Pfund. Ausländische Frühkartoffeln waren durchschnittlich zehn Pf. billiger. Nach der ersten Juliwoche gingen die Preise etwas zurück.

Die alte Kartoffelernte ist praktisch verbraucht. Italienische Frühkartoffeln werden weniger angeboten. Mit Hilfe französischer Angebote kann jedoch die Nachfrage noch immer befriedigt werden, zumal die ersten inländischen Frühkartoffeln (aus der Pfalz) auf den Markt kommen. Die Großhandelseinstandspreise für lange "Pfälzer" lagen in der letzten Juniwoche zwischen 40 und 46 DM pro 100 kg. Obwohl auch mit den ersten "Rheinländern" demnächst zu rechnen ist, dröhnete die Zentrale Preisberichtsstelle der Landwirtschaft zuletzt, daß die Verbraucher vorerst vergeblich auf spürbar günstigere Preise für Frühkartoffeln zu warten hätten.

Nun lautet die Erfahrungsregel, daß sich die Spätkartoffelpreise nach dem Frühkartoffelpreis orientieren. Das gilt nicht nur, sondern wurde im letzten Jahr - insbesondere in der Einkellerungszeit - noch höchst negativ überboten. Fazit: Die später zu rodenden Kartoffelbauflächen sind heute schon mit einem höheren Preis belegt.

Auf den Wochenmärkten, insbesondere in westdeutschen Großstädten, war in der ersten Juliwoche eigentlich nur der Salat billig. Sonst herrscht strenge (ungeschriebene) Preisdisziplin. Hier einige Beispiele aus Nordrhein-Westfalen: Schnittbohnen 0,98 - 1,20 DM je Pfund, ausländische Äpfel durchschnittlich 0,75 - 0,80 DM je Pfund und teurer, "Frühreife" (sehr harte) Pfirsiche 0,75 - 1,20 DM pro Pfund und süße Kirschen 1,60 - 1,70 DM je Pfund. Teurer sind Kohl- und andere Gemüsesorten, billiger dicke Bohnen (um 0,30 DM pro Pfund).

Die Hausfrauen sollten nicht nur gezielt einkaufen (wobei zu beachten ist, daß etablierte Einzelhandelsgeschäfte vielfach preisgünstigere Sonderangebote für Obst, Gemüse und Kartoffeln als auf den Wochenmärkten offerieren). Vor allem sollte man bei solchem Obst und Gemüse noch warten, dessen eigentliche Ernte noch bevorsteht. Das gilt z.B. für Kirschen, bei denen eine regelrechte Schwemme vorausgesagt wird.